

**Ä1 zu A1: Mut zur „Konsultative“: Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung**

Antragsteller\*innen Yasmin Hübel (KV Ansbach)

**Von Zeile 6 bis 9:**

und Verwaltungsebenen eine neue Form der Konsultationsverfahren verpflichtend vorangestellt wird: Hierzu sind zukünftig beratende Bürgerbeteiligungsverfahren, z.B. im Sinne zufallsrekrutierter Konsensuskonferenzen, gesetzlich verpflichtend für ~~alle~~ Infrastrukturentscheidungen und andere Projekte der Orts-, Regional- oder Landesentwicklung, die das Gemeinwohl wesentlich betreffen, anzuwenden.

**Begründung**

Der Änderungsantrag wurde gemeinschaftlich mit den Antragsteller\*innen formuliert.

**Unterstützer\*innen**

Herbert Sirois (KV Ansbach)

**Ä2 zu A1: Mut zur „Konsultative“: Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung**

Antragsteller\*innen Yasmin Hübel (KV Ansbach)

**Von Zeile 11 bis 15:**

beratenden Bürgerbeteiligungsprozesse fordern Bündnis 90/Die Grünen, auf allen betroffenen ~~Hierarchieebenen~~ Politik- und Planungsebenen **unabhängige** und **zur Neutralität verpflichtete Koordinierungsstellen** für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ~~in Konsultativverfahren~~ einzurichten. Deren Aufgabe soll es sein, Leitlinien für eine konsultative Struktur in Gesetzen und Verordnungen sowie der

**Begründung**

Der Änderungsantrag wurde gemeinschaftlich mit den Antragsteller\*innen formuliert.

**Unterstützer\*innen**

Herbert Sirois (KV Ansbach)

**Ä1 zu A4: Für gute Arbeit: Beschäftigte schützen und Arbeitsbedingungen verbessern**

Antragsteller\*innen      Bernhard Schüßler (KV München-Land)

**Von Zeile 28 bis 29 einfügen:**

zu einer gerechten Entlohnung, einer sozialen Absicherung und einem ausreichendem Arbeitsschutz müssen folgen! Dazu gehört eine Anpassung des Kurzarbeiter\*innen-Geldes, welches das Mindestlohnniveau (von aktuell 9,35€/h) nicht mehr unterschreiten soll..

**Ä1 zu A6: Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!**

Antragsteller\*innen      Susanne Höpler (KV Ebersberg)

**Von Zeile 76 bis 80:**

zusätzlichen Bahnverkehr nach Fertigstellung des Brenner-Basistunnels aufzunehmen. ~~Dazu brauchen wir die notwendige Infrastruktur. Deshalb wollen wir den Ausbau der Schienenkapazitäten auf vier Gleise zügig realisieren. Dies entspricht dem gesetzlich festgestellten Bedarf und ist Grundlage des derzeitigen Raumordnungsverfahrens.~~ Deshalb wollen wir den Ausbau der Schienenkapazitäten koordiniert in allen Teilabschnitten auf der Grundlage von Langfristprognosen zügig realisieren. Durch einen abschnittswisen Ausbau darf die Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt werden.

**Ä2 zu A6: Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!**

Antragsteller\*innen      Susanne Höpler (KV Ebersberg)

**Von Zeile 41 bis 42 einfügen:**

- Schienenverkehr. Dadurch erreichen wir eine deutliche Entlastung des Straßenverkehrs. Die beiden vorhandenen S-Bahn-Gleise zwischen Grafing und Trudering bleiben gemäß den Zusagen des BMVI aus dem Jahr 1994 dauerhaft ausschließlich S-Bahnen vorbehalten, um einen attraktiven Nahverkehr sicher zu gewährleisten.

**Begründung**

Die in der Trimode-Studie geschätzten Zugzahlen (für 2050) steigen übertragen auf den Raum Grafing-Bahnhof bis Trudering von dort derzeit 499 um bis zu 359 auf 858 Züge/S-Bahnen pro Tag.

**Ä3 zu A6: Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!**

Antragsteller\*innen      Susanne Höpler (KV Ebersberg)

**Von Zeile 59 bis 60 einfügen:**

- besonders hohe Lärmschutzstandards wie im österreichischem Unterinntal oder am Oberrhein. Dabei fordern wir, dass dieser Lärmschutz an der Bestandsstrecke spätestens bis zur Inbetriebnahme von ETCS (European Control System)realisiert ist.

**Begründung**

Nach Einführung von ETCS wird der Verkehr auf den bereits stark lärmbelasteten Bestandsstrecken deutlich ansteigen.

**Ä4 zu A6: Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!**

Antragsteller\*innen      Susanne Höpler (KV Ebersberg)

**Von Zeile 23 bis 26:**

- keine Planungen verfolgt, wie der Mehrverkehr auf der Schiene infolge des Brenner-Basistunnels jenseits des Planungsabschnitts Staatsgrenze-~~Grafiing~~ hinaus weitergeführt werden soll (~~Knoten München, Rosenheim-Mühldorf, Rosenheim-Freilassing~~). Rosenheim-Grafiing Bahnhof in Richtung Knoten München bzw. von Rosenheim nach Mühldorf-Landshut-Regensburg weitergeführt werden soll und dass keine für alle Abschnitte des Brenner-Nordzulaufs konsistenten Prognosehorizonte und Prognosen zugrunde gelegt werden.

**Begründung**

Grundlage der Planung im Inntal Trimode Horizont 2050 Grundlage sonst BVWP 2030

**Ä1 zu A8: Inklusive digitale Organisationsstruktur**

Antragsteller\*innen Landesvorstand (beschlossen am:  
08.07.2020)

**Von Zeile 42 bis 44 einfügen:**

- Zugang und faktische Möglichkeiten der Mitglieder bzgl. der Anwendung zusammengedacht werden. Es bedarf daher eines bundesweit umfassenden Konzepts für die Digitalisierung der Parteiarbeit von der Evaluierung bestehender



**Ä2 zu A8: Inklusive digitale Organisationsstruktur**

Antragsteller\*innen Landesvorstand (beschlossen am:  
08.07.2020)

**Von Zeile 52 bis 54 einfügen:**

- zuständigen Funktionsträger\*innen, Gremien und Landesarbeitsgemeinschaften erfolgen. Wir setzen uns deswegen für eine vom Bundesvorstand koordinierte AG Digitales ein, die in zwei Jahren berichtet und Maßnahmen definiert. Auf einem LAG-Sprecher\*innenrat sammeln wir Erfahrungen und Ideen für Maßnahmen in Bayern. Wir regen dazu an, sich intensiver mit der Frage zu beschäftigen, wie wir unsere innerparteilichen Regeln – wie beispielsweise

**Ä3 zu A8: Inklusive digitale Organisationsstruktur**

Antragsteller\*innen Landesvorstand (beschlossen am:  
08.07.2020)

**Von Zeile 88 bis 91:**

- Landesvorstand wird daher gebeten, sich in der Runde der Landesverbände für eine ~~Verbesserung der finanziellen~~ ausreichende finanzielle und personellen Ausstattung ~~der Parteistrukturen~~ für unsere digitale Infrastruktur einzusetzen, um die formulierten Ziele bei der Digitalisierung zu erreichen.

**Ä1 zu A10: Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*innen      Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt),  
Jamila Schäfer (KV München-Stadt)  
(beschlossen am: 06.07.2020)

**Von Zeile 122 bis 123 einfügen:**

Gemeinden und Landkreise bei der Umsetzung von Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung.

Derzeit laufen auf europäischer Ebene die Verhandlungen für das Paket für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU 2021-27. Wir unterstützen die Initiative der Visegrád-4-Hauptstädte zur Stärkung der Städtedirektförderung durch die Europäische Union. Wir erkennen die zentrale Rolle der Kommunen für die wichtigen Herausforderungen der Zukunft und fordern deshalb eine Aufstockung der Direkthilfe aus der European Urban Initiative (EUI) und einen Fokus auf Nachhaltigkeit, Lebensqualität und soziale Herausforderungen und eine bessere Einbindung der Kommunen in das Sustainable Urban Development-Programm der EU.

**Begründung**

Die Visegrád-4-Hauptstädte haben die Wichtigkeit der Klimakrise, aber auch von Themen wie Nachhaltigkeit, Lebensqualität und sozialer Zerklüftung, für eine moderne, fortschrittliche Kommunalpolitik erkannt. Gemeinsam mit einer immer wachsenden Zahl europäischer Städte (in Bayern darunter bisher Ingolstadt und München) fordern sie, die Städtedirektförderung der Europäischen Union auszubauen und stellen sich damit auch gegen den europaskeptischen Kurs ihrer Zentralregierungen. Eine Förderung nachhaltiger kommunaler Entwicklung und ein europäischer „recovery plan“ für Kommunen nach der Pandemie sind Ideen, die wir aus einer grünen Sicht nur befürworten können.

**Ä2 zu A10: Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*innen      Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Von Zeile 67 bis 68 einfügen:**

zu prüfen, ob Bund und Länder die Kommunen auch in den Folgejahren für die Corona-bedingten Gewerbesteuer-Mindereinnahmen kompensieren sollten.

Die Finanzierung der Bayerischen Bezirke, die gerade jetzt in Pandemiezeiten mit ihren Aufgaben für psychische Gesundheit und Inklusion im Fokus stehen, haben seit jeher eine prekäre Finanzierung. Eine der Hauptfinanzierungsquellen der dritten kommunalen Ebene ist die Bezirksumlage, die sie von den Landkreisen und kreisfreien Städten erheben. Steuerliche Mindereinnahmen bei Städten, Gemeinden und Landkreisen werden in absehbarer Zeit damit auch die Bezirke treffen, die damit nur die Möglichkeit hätten, die Hebesätze der Bezirksumlage zu erhöhen. Um die Finanzierung der Aufgaben der Bezirke in Gesundheits- und Sozialwesen, aber auch in der Pflege und der Kulturarbeit sicherzustellen, müssen sie endlich Teil des quotalen Steuerverbunds werden. Bis dahin müssen die Zuweisungen, die die Bezirke gem. Art 15 BayFAG vom Freistaat erhalten, deutlich ansteigen, um den Bezirken eine substantiellen finanzielle Entlastung bei ihrer Arbeit geben zu können. Zudem fordern wir eine konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips: wenn Bundes- und Landesgesetze durch die Kommunen umgesetzt werden sollen, müssen der Bund oder der Freistaat diese Aufgaben auch finanzieren und können hier nicht die Kommunen im Regen stehen lassen und die Pflichtaufgaben erhöhen ohne die Kommunen dafür zu kompensieren.

**Begründung**

Auch für die Bezirke als dritte kommunale Ebene wird ein möglicher Einbruch der Umlagekraft im Nachgang finanziell problematisch werden. Die Aufgaben der Bezirke sind nicht erst seit der COVID19-Pandemie elementar für unsere Gesellschaft, aber in der Krise zeigt sich die Brisanz der Bezirksthemen noch einmal besonders.

**Ä3 zu A10: Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*innen      Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Von Zeile 1 bis 2:**

Unseren Städten, Gemeinden-~~und~~, Landkreisen und Bezirken kommt aktuell in dreifacher Hinsicht eine Schlüsselrolle zu. Sie sichern die kommunale Daseinsvorsorge ihrer

**Begründung**

Bezirke als Teil der kommunalen Familie, die auch Aufgaben wahrnehmen, die (nicht nur) in Pandemiezeiten relevant sind.

Die Änderung im Folgenden fortlaufend als redaktioneller Antrag, da nur immer ein Absatz geändert werden kann.

**Ä4 zu A10: Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*innen      Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Redaktionelle Änderung**

Fortlaufend zum Ä3

**Von Zeile 10 bis 12:**

Bereich von Sport und Kultur tragen sie entscheidend zur Lebensqualität vor Ort bei. In der Corona-Krise haben Städte, Gemeinden ~~und~~ Landkreise und Bezirke mit ihren Krankenhäusern und Gesundheitsämtern einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet,

**Ä5 zu A10: Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*innen      Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Redaktionelle Änderung**

Fortlaufend zu Ä3

**Von Zeile 23 bis 25:**

Obwohl die lokale Ebene eine wesentliche Rolle spielt, haben Bundesregierung und bayerische Staatsregierung die Städte, Gemeinden ~~und~~, Landkreise und Bezirke viel zu lange im Unklaren darüber gelassen, ob und in welcher Form es überhaupt Hilfen geben

**Ä6 zu A10: Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*innen      Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Redaktionelle Änderung**

Fortlaufend zu Ä3

**Von Zeile 33 bis 35:**

Die Corona-Pandemie und der daraus folgende Lockdown haben unsere Städte, Gemeinden ~~und~~ Landkreise und Bezirke besonders hart getroffen und vor enorme Herausforderungen gestellt. Die Folgen des Lockdowns machen sich nicht nur in



**Ä7 zu A10: Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*innen      Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Redaktionelle Änderung**

Fortlaufend zu Ä3

**Von Zeile 97 bis 100:**

der daraus folgenden wirtschaftlichen Krise kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu. Als größter öffentlicher Investitionsträger können die Städte, Gemeinden ~~und~~ Landkreise und Bezirke entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen, etwa indem sie die Baubranche und das lokale Handwerk mit Aufträgen versorgen. Viele

**Ä8 zu A10: Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*innen      Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Redaktionelle Änderung**

Fortlaufend zu Ä3

**Von Zeile 121 bis 123:**

mehr denn je eine deutlich stärkere Unterstützung unsere bayerischen Städte, Gemeinden ~~und~~ Landkreise und Bezirke bei der Umsetzung von Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung.